

Antrag auf <input type="checkbox"/> Erteilung einer <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis <input type="checkbox"/> Verlängerung <input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis		Eingangsstempel Statistik-AZ:
Angaben zur Person	Antragsteller	Ehegatte
Name (ggf. auch Geburtsname)		
Vorname		
Geburtsdatum / Geburtsort / Geburtsland	/	/
Staatsangehörigkeit/en		
Familienstand / Geschlecht	/ <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w	/ <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
wohnhaft in (Straße / Hausnummer)		
Postleitzahl / Stadt		
Telefonnummer / Email-Adresse		
Aufenthaltstitel		
Reisepass / Identitätsdokument		
Ausweisnummer		
Größe / Augenfarbe	/	/
Beruf		
Arbeitgeber		
Durchschnittlicher monatlicher Nettoverdienst		
Sonstige Sicherstellung d. Lebensunterhaltes (z. B. Rente, Arbeitslosengeld, Sozialleistungen)		
Kinder (Name, Vorname, Geb.-Datum, Nationalität, Wohnort, Geschlecht)	Kind 1	
	Kind 2	
	Kind 3	
Besteht Krankenversicherungsschutz	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Versicherer:	
Wohnungsgröße / Zahl der Zimmer	qm	Zimmer
Vorgesehener Aufenthaltszweck	<input type="checkbox"/> Ausbildung <input type="checkbox"/> Erwerbstätigkeit <input type="checkbox"/> familiäre Gründe <input type="checkbox"/> völkerrechtliche, humanitäre o. politische Gründe <input type="checkbox"/> Wiederkehr <input type="checkbox"/> ehemaliger Deutscher	
Vorgesehener Aufenthaltsort		
Ersteinreise in die Bundesrepublik		
Bei Ersteinreise (Name der Eltern)	Vater:	Mutter: Geburtsname der Mutter:
Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Beabsichtigtes Eingliederungsbestreben (z. B. Orientierungs- oder Integrationskurs)		
Vorstrafen (Grund, Art u. Höhe der Strafe)		
Laufende Ermittlungsverfahren		
Sind Sie jemals aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben, abgeschoben oder ist eine Einreise in das Bundesgebiet oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert worden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
...wenn ja, wann und durch wen ?		
	bitte wenden	

Ich erkläre, dass

- ich niemals einer Vereinigung angehört habe oder heute angehöre, die den Terrorismus unterstützt oder unterstützt hat.
- ich niemals zu den Leitern eines Vereins gehörte, der unanfechtbar verboten wurde, weil seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider laufen oder er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.
- ich niemals die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder mich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufgerufen oder mit Gewaltanwendung gedroht habe.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unzutreffende Angaben haben den Entzug des Aufenthaltstitels zur Folge. Gemäß § 95 Abs. 2 AufenthG wird mit Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Ich beantrage den Aufenthaltstitel für _____ (Jahre / Monate / Tage bzw. unbefristet)
(nicht zutreffendes bitte streichen)

(Datum und Unterschrift)

Vorzulegende Unterlagen:

- Ausweispapier (Reisepass / Reisedokument)
- Einkommensnachweis (Gehaltsabrechnungen der letzten 3 Monate, Einkommenssteuerbescheid)
- Nachweis über Unterhaltsleistungen oder Leistungen durch Dritte
- Verpflichtungserklärung (Bürgschaft)
- Krankenversicherungsnachweis
- Mietvertrag / Wohnraumnachweis oder Grundbuchauszug
- Immatrikulationsbescheinigung / Ausbildungsplan (bei Studenten)
- Arbeitsvertrag / Businessplan
- Schulbescheinigung bei schulpflichtigen Kindern
- Schulzeugnisse der letzten 5 Jahre
- Nachweise über die Teilnahme am Integrationskurs
- Nachweis über Abschlussprüfung (Zertifikat) Integrationskurs
- 1 biometrisches Passfoto
- _____
- _____
- _____

Informationsblatt

gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Gemäß Art. 13 und 14 DS-GVO sind wir verpflichtet, Sie über die wesentlichen Inhalte der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die uns zugegangen sind bzw. die uns von Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, zu informieren.

1.	Kontaktdaten	
1.1	Verantwortlicher gem. Art. 4 Ziffer 7 DS-GVO für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:	Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar, Telefon: 06441-407-0, E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
1.2	Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten gem. Art. 37 ff. DS-GVO in Verbindung mit §§ 5 ff. HDSIG	Datenschutzbeauftragte/r des Lahn-Dill-Kreises Telefon: 06441-407-2750, E-Mail: datenschutz@lahn-dill-kreis.de
2.	Zweck, Umfang und Erforderlichkeit der Datenverarbeitung	
2.1	Die durch Übermittlung bzw. von Ihnen persönlich erhaltenen sowie wie im weiteren Verlauf der Abwicklung des Verfahrens ggf. noch erhobenen personenbezogenen Daten werden zu folgendem Zweck erhoben und verarbeitet:	Durchführung ausländerrechtlicher Verfahren (Leistungen vor der Einreise, Visaverfahren, Entgegennahme von Verpflichtungserklärungen, Kundenberatung, Statistik, Feststellung Aufenthaltsstatus, Erteilung u. Verlängerung Aufenthaltstitel, Maßnahmen nach der Integrationskursverordnung, Asylverfahren, Ordnungswidrigkeitsverfahren)
2.2	Die Rechtsgrundlage für die oben geschilderte Datenverarbeitung findet sich in:	AufenthG, AufenthV, AsylG
2.3	Bei den verarbeiteten Daten handelt es sich um nebenstehende Datenkategorien:	Namen, Adressdaten, Kontaktdaten, Bankverbindungen, Geburtsdaten, biometrische Daten, rassische und ethnische Herkunft, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, sexuelle Orientierung, medizinische Daten
2.4	Ihre Daten werden zur Erfüllung des oben genannten Zwecks an die neben benannten Empfänger/in weitergeleitet.	Bundes- und Sicherheitsbehörden, externe und interne Fachbehörden, Gerichte, andere Ausländerbehörden. Auslandsvertretungen der BRD, AZR und SIS
2.5	Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist aus den neben genannten Gründen erforderlich.	Umsetzung des AufenthG, AsylG und AufenthV in der jeweils aktuellen Fassung (Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, Bearbeitung des gestellten Antrags, etc.) Bei Nichtangabe der Daten kann die beantragte Leistung nicht erbracht werden.
3.	Dauer der Speicherung	
	Ihre Daten werden bei uns entsprechend den rechtlichen Vorgaben für die nebenstehend angegebene Dauer gespeichert. Danach werden sie gelöscht.	Die Dauer ist Einzelfallabhängig und orientiert sich an den gesetzlichen Vorgaben von AufenthG, AsylG und AufenthV
4.	Datenquelle	
	Ihre Daten wurden uns von nebenstehender Stelle weitergeleitet:	Einwohnermeldeamt

5.	Ihre Rechte als Betroffene/r
	<p>Als betroffene Person haben Sie ein Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten gem. Art. 15 DS-GVO, ein Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gem. Art. 16 DSGVO, ein Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten gem. Art. 17 DS-GVO, ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DS-GVO, ein Recht auf Datenübertragbarkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DS-GVO haben. Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung erfolgt, haben Sie das Recht, diese im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Weiterhin haben Sie gem. Art. 77 DS-GVO das Recht der Beschwerde wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der Aufsichtsbehörde, der/dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden.</p>